

Pressemitteilung

Sachstandslose Weiterbeschäftigung bei Zeitverträgen abschaffen

**Christine Lambrecht informierte Lorsch SPD
über Koalitionsverhandlungen**

Die Jahreshauptversammlung der Lorsch Sozialdemokraten nutzte die Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht, die der Verhandlungskommission auf Bundesebene angehört, über eine künftige Koalition zu informieren. Gesetzlich geregelt sei, dass die Bundeskanzlerin eine Minderheitsregierung führen könne. Das durch die SPD zu tolerieren, Unionsanträgen zuzustimmen und damit zu einer Mehrheit zu verhelfen. GroKo oder Neuwahlen als Alternative, „eine richtig gute Entscheidung gibt es nicht“. Opposition sei keine Möglichkeit, die Partei zu erneuern, das zeige die 19 Jahre dauernde Opposition in Hessen. Die SPD sei die einzige demokratische Partei, die hart über Politik diskutiere aber auch Mehrheiten akzeptiere. Das bekäme auch die Bevölkerung mit.

Positives in den bisherigen Verhandlungen: 3,5 Millionen Euro vom Bund zur Senkung von Kindergartenbeiträgen und zur Verbesserung der Qualität. Bund gibt 2,6 Milliarden für Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Erhöhung für Bafög um 350 Millionen für Studenten und Meisterausbildung an Berufsschulen. 3,5 Milliarden zum 2. Arbeitsmarkt für 150.000 Langzeitarbeitslose. Kindergelderhöhung um 25 Euro pro Monat in zwei Stufen. Rückkehrrecht von Teilzeit- in Vollzeitarbeit, vor allem wichtig für Frauen, denen sonst Altersarmut drohe. Grundrente, auch für Beschäftigte im Niedriglohnsektor, um Grundsicherung zu verhindern. Paritätische Krankenversicherung, gleicher Betrag für Arbeitnehmer und -geber. Spitzensteuersatz nicht bereits bei 50.000 Euro pro Jahr. Abschaffung des „Soli“ für rund 90 Prozent der Steuerzahler. Einwanderungsgesetz, kontrollierter Zuzug für den Arbeitsmarkt, Asylrecht beibehalten. Zwei Milliarden des Bundes für Sozialen Wohnungsbau.

Negativ aus Sicht der SPD: Erhöhung des Spitzensteuersatzes von CDU abgelehnt. Über die Abschaffung einer sachstandslose Weiterbeschäftigung von Zeitarbeitnehmern, auch beim Staat, werde die SPD noch reden. „Ich bin zufrieden mit dem bisher erreichten“, versicherte Christine Lambrecht. Probleme, weil nicht demokratisch, habe sie mit der Initiative der Jusos für eine zweimonatige SPD-Mitgliedschaft zur Verhinderung der Gro-

../2

Ko. „Ich finde es gut, dass die Jusos laut geworden sind. Das haben wir vor 50 Jahren auch gemacht“, warf Hans Jürgen Sander ein. Erkennbar wurde in der Diskussion auch, dass die SPD mit ihrem Wahlprogramm nicht deutlicher erkennbar geworden sei, dass sie mehr wie das Erreichte auch bei einer Minderheitsregierung nicht bekommen werde. Lambrecht sprach sich für eine GroKo aus. Bei den Lorschern machten sich einige Skeptiker bemerkbar. Die SPD müsse sich über die kommende Digitalisierung der Arbeitswelt Gedanken machen. Was bringt sie für die Beschäftigten? „Die SPD muss sich auch Gedanken machen, wo sie steht. Arbeiter sehen sie nicht mehr als ihre Partei“, erklärte ein Mitglied. „Opposition bringt nichts. Jetzt muss etwas passieren. Das geht nur mit einem starken Parteivorsitzenden. Der darf nicht Minister werden“, forderte ein Teilnehmer.



Marius Schmidt, Bergsträßer SPD-Vorsitzender, stellte sich bei der Lorsch SPD vor.

Er sei 26 Jahre alt, habe Politik studiert, sei Fraktionsvorsitzender in Lampertheim, seit 2016 Mitglied des Kreistags und seit November Vorsitzender der Bergsträßer SPD, stellte sich Marius Schmidt vor. Er komme aus einem Haushalt mit Handwerkern, sei der erste in seiner Familie mit Abitur und Studium und er habe keinen reichen Onkel gehabt, sein Studium zu finanzieren. Er verwies auf die Studie von Oxfam, die Ungerechtigkeiten bei Vermögen belege. 1 Prozent habe so viel Geld wie 99 Prozent der anderen Menschen. Ungleichheit bestehe seit 200 Jahren. Deshalb müsse sich die SPD um die Vermögenssteuer kümmern. Dazu gehöre unter anderem die Tariftreue der Betriebe. Das Wahlprogramm dürfe nicht wie eine Konsenssoße gestaltet werden. „Die SPD muss vor allem beim Vermögen zuspitzen, muss Haltung zeigen und klare Kante. Das versteht die Basis“, forderte der Bergsträßer Parteivorsitzende. Die SPD müsse sich vernetzen, den Menschen deutlich machen, dass sie sich mit ihren Problemen an die Partei wenden könne, dass Politik nicht nur in Parlamenten gemacht wird. Da Politik „von unten nach oben gemacht wird, müssen die von unten auch beteiligt werden“, so die Vision des Vorsitzenden. Für ihn stellte sich die Frage, wie vor allem junge Menschen in die Partei geholt werden können um sie mit Leben zu füllen, auszuloten, was die SPD machen muss, um Volkspartei zu bleiben. Das entbinde niemand davon, Perspektiven aufzuzeigen. Die Strukturen müssten auch im Kreis präzise gestaltet werden, um Volkspartei zu bleiben. Christine Lambrecht kündigte an, dass ein eventueller Koalitionsvertrag bei einer Informationsveranstaltung im Kreis den Mitgliedern zur Beratung vorgestellt werde.

Ω